

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. für die Post bezogen vierteljährlich 2.25, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 5465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 138.

Dresden, Sonnabend den 19. Juni 1909.

20. Jahrg.

## Der tote Punkt.

Wichtiger als die Verhandlungen im Plenum des Reichstags, die sich nun, das Schicksal aller weit ausgespannten Botten, immer mehr in technische Einzelheiten verlieren, ist der Freitag die Besprechung, die der Senatorenvent über die geschäftliche Behandlung der Steuerreform folgt. Danach soll die Beratung der Erbschaftsteuervorlagen abgebrochen werden, wenn die Reihe der ersten Redner aus allen Fraktionen abgeschlossen ist. Darauf soll die Förderung der Sache kommen, ob es geschäftsordnungsmäßig zulässig ist, daß die Beschlüsse der Rumpfkommision zum Gegenstand der Beratung im Plenum des Reichstags gemacht werden dürfen. Doch selbst wenn diese Frage verneint werden sollte, so haben doch die Parteien der neuen reaktionären Mehrheit darauf, daß gleichzeitig mit der Weiterberatung der Erbschaftsteuervorlage auch die Steuerreform behandelt wird. Man nimmt an, daß die Kommission, an die nun doch die neuen Regierungsvorlagen gehen sollen, ihre Arbeit schnell abgeschlossen haben wird, so daß die Entscheidung alsbald im Plenum fallen kann. Mit anderen Worten: die Geschäftsordnungsdebatte, der wir nun stehen, hat eigentlich gar keinen Zweck, da die neue Mehrheit entschlossen ist, ihren Willen auf alle Fälle dem Reichstage aufzuzwingen. Also wird die Entscheidung schließlich auf die Regierung abgewälzt, die am Freitag noch einmal durch den preussischen Handelsminister selbst ihre Segnerschaft gegen die Beschlüsse der Rumpfkommision zum Ausdruck bringen ließ.

Auch das ist wieder ein Beweis für die Ohnmacht des Parlamentarismus in Deutschland; statt daß eine verantwortliche Mehrheit die Regierung stellt und ihre Pflichten vor dem ganzen Lande vertritt, schiebt der Reichstag die Entscheidung von sich ab auf eine Regierung, auf deren Zusammensetzung er auch nicht den geringsten Einfluß hat. Die politische Unhaltbarkeit dieses Systems liegt sonnenklar zutage. Und bevor wir nicht über diesen toten Punkt hinwegkommen, werden wir niemals eine organische Weiterentwicklung des öffentlichen Lebens herbeiführen können.

Wie dem Bloß von Bülowen Ende ist es zu Ende. Das Lehren nicht nur die Ausführungen des freisinnigen Redners Dr. Biewer, sondern viel deutlicher noch die Rede, die der Vertreter der Antikemiten zum besten gab. Solange der Bloß in Kraft stand, war diesen Herrschaften der Gebrauch von Zudemmigen im Reichstag, sozusagen untersagt; heute haben sie das unbedingte Recht abgeschlossen und ergehen sich wieder in den beliebigen Verhöhnungen der semitischen Volksmassen, mit denen sie in gewissen Volksversammlungen billige Stimmung einzubringen gewohnt sind. Den übrigen trat der Abgeordnete Rosa für die Erbschaftsteuerveränderung ein, die er gar noch verbessert wissen wollte; da er aber auch zu gleicher Zeit die Besteuerung der Wertpapiere nach den Vorschlägen der neuen Mehrheit empfahl, so brachte er also das Kunststück fertig, zu gleicher Zeit dem alten und dem neuen Bloß zu dienen. Es kann eine heitere Situation werden, wenn sowohl die Erbschaftsteuer wie auch die Wertpapiersteuer demnächst angenommen werden sollte!

Mit großer sachlicher und öfters auch persönlicher Schärfe wandte sich der Abgeordnete Mommsen, im bürgerlichen Leben seines Reichens ein Bankier, gegen die Rechte, aber keine sachlich zum großen Teil durchaus billigenwertigen Ausführungen gingen in der Unruhe der Ungebild verloren. Man will jetzt nicht mehr hören, denn schließlich erkennen sogar die redestillsten Abgeordneten, daß mit Erblinden in dieser Situation überhaupt nichts mehr auszurichten ist. Es kommt nicht so sehr darauf an, im Plenum des Reichstags den einen oder den anderen Abgeordneten von Güte oder Minderwertigkeit irgendeines Steuervorschlags zu überzeugen, als darauf, die politische Lage für die eine oder die andere Gruppe nutzbar zu machen. Dazu braucht aber keine Rede gehalten zu werden; das kann man in den Fraktionsgeminnern oder in den Salons der Minister viel bequemer erdörtern.

## Der politische Kalkül.

Diese alle Rubrikationslösung: Brantwein für Erbschaftsteuervorlage hat jetzt nur vor den entscheidenden Steuerabstimmungen stehen. Die Admonische Zeitung schreibt zu den Ausführungen des konservativen Redners, Grafen Westarp: Die Rede des Sprechers der Konservativen war freilich ein Produkt des Hohns und des eifersüchtigen Beharrens auf dem Schein, aber sie bot trotzdem den Ausschlag auf ein Terrain, auf dem die Rechte eine Rechtfertigung auch jetzt noch möglich ist. Graf Westarp verriet nämlich, daß ein Teil der Konservativen bereit gewesen sei, die Erbschaftsteuerveränderung durch die Verlagerung der Liberalen bei den Verbrauchssteuern habe sich aber die Situation vollkommen geändert. Der sozialistische Sozialist: „Alle Brantwein für Erbschaftsteuervorlage hat die durch dieses Erkenntnis enthaltene Sachlage bewahrt, aber zurecht erkannt. Die Rechte haben die konservativen Wortführer mit dieser Erklärung den Rasen ein-schlagen wollen, an dem eine Verständigung über die Reform jetzt noch möglich werden kann. Ein solches Angebot rückt freilich hart nach politischem Kalkül, aber wir sind überzeugt, daß die Linke (soll heißen: die Sozialliberalen und Freisinnigen, die Verb.) es sich angelegen sein lassen wird, ernstlich zu prüfen, ob sie, um die Reform im ganzen zu retten, sich auch zu diesem Opfer verstehen kann.“

Der am meisten linksstehende Flügel des Liberalismus will allerdings von einem so elenden Kuhhandel, wie ihn die Admonische Zeitung empfiehlt, einem Kuhhandel, der die völlige Abdankung vor den konservativ-liberalen Wünschen bedeuten würde, doch nichts wissen. So hat der Gesamtverband des liberalen Vereins Stuttgart an die linksliberale Fraktion der Reichstagsversammlung einflussreich das dringende Ersuchen gerichtet, an der Forderung der Verbringung von mindestens 100 Millionen Mark im Wege der Erbschaftsteuerveränderung mit aller Entschiedenheit festzuhalten und jeden Versuch eines Kompromisses, durch das unter die Zahl von 100 Millionen Erbschaftsteuerveränderung gegangen würde, unter allen Umständen zurückzuweisen, selbst auf die Gefahr hin, daß hierdurch das Wert der Reichsfinanzreform jetzt zum Scheitern gebracht würde.

Die Frankfurter Zeitung schreibt: „Sollten die Konservativen wirklich den Gedanken hegen, der Linken eine Erbschaftsteuer gegen die Bewilligung der indirekten Abgaben anzubieten, so müßte untröstlich festzustellen werden, daß die Erbschaftsteuervorlage der Regierung für eine Verhandlung mit der Linken über die ganze Reform keine hinreichende Grundlage bietet.“

## Bülow's Ansichten und Absichten.

Su der innerpolitischen Lage, wie sie sich nach der Rede des Reichstagsabgeordneten vom Mittwoch kennzeichnet, schreibt man einigen liberalen Blättern von unrichtiger Seite: „Wenn verschiedene Kommentare zu der Rede des Fürsten Bülow sich dahin ausdrücken, daß eine Änderung über die kommenden Ereignisse nach einer etwaigen Ablehnung der Erbschaftsteuerveränderung nicht erfolgt sei, so kann doch über die Auffassung und die Entschlüsse des Kanzlers selbst nicht der geringste Zweifel mehr bestehen. Die Worte des Fürsten Bülow: „Wenn eine Entwicklung einträte, die ich nicht mitmachen kann und will, die ich nicht mitmachen werde, so wird es mir auch möglich sein, Se. Majestät den Kaiser von der Doyonantität meines Rücktritts zu überzeugen,“ lassen nur eine Deutung zu. Die Entwicklung, die der Kanzler nicht mitmachen will, ist eine Finanzreform durch eine Mehrheit aus Konservativen, Zentrum und Polen, zu der der Liberalismus keine Mitarbeit verlangt. Ergeben die endgültigen Bestimmungen der nächsten Lage oder Wochen ein solche Entwicklung, so ist der Rücktritt des Fürsten Bülow eine unabweisliche Tatsache. Darüber hinaus vermochte der Kanzler naturgemäß keine Richtung über die künftige Haltung der Reichsregierung zu geben, da auf diese nur sein Nachfolger von entscheidendem Einfluß sein könnte.“

## In Nikolaus' Bahnen.

Der Tod, den Wilhelm II. am 17. Juni dem Kaiser aller Reußen darbrachte, endigte in den bemerkenswertesten Worten: „Ich trinke auf das Wohl Eurer Majestät, Ihrer Majestät der Kaiserin und der ganzen kaiserlichen Familie und ebenso auf das Gedeihen des russischen Reichs, in den Bahnen, welche die hohe Weisheit Eurer Majestät ihm vorgezeichnet hat.“

Man ist gewiß geneigt, die bei derartigen Fürstentöden fallenden Nebenworte nicht sehr genau zu nehmen. Wir würden daher kaum ein Wort darüber zu sagen haben, daß Nikolaus nach der Ausrufung des deutschen Kaisers ein mit „hoher Weisheit“ ausgestatteter Mann sein soll. Kenner der russischen Verhältnisse, auch solche, die ganz und gar nicht Gegner des Zarismus sind, haben aber den Geisteszustand des jetzigen Beherrschers Russlands ganz andere Mitteilungen gemacht.

Dagegen ist politisch nicht gleichgültig das Wort, das Wilhelm II. zum Schluß des Toastes gebraucht hat. Er wünscht dem russischen Reich Gedeihen, aber nur in den Bahnen, die die regierende zarische Erbweisheit ihm vorgezeichnet hat. Damit wird der Tod Wilhelm II. aus einem Toast auf den Zaren und auf Rußland zu einem Toast auf den russischen Absolutismus.

Während der frühere englische Ministerpräsident Campbell-Bannerman das Wort rief: Die Duma ist tot, es lebe die Duma!, erklärt sich Wilhelm II. für die Bahnen, in denen gegenwärtig die russische Reaktionspolitik sich bewegt.

Ein solches Wort des deutschen Kaisers mag in gewissen russischen Kreisen freilich Wohlgefallen erregen. Bei den konstitutionellen Parteien Rußlands, bis weit in die Reihen der Gemäßigten hinein, wird es als eine Entwürdigung zugunsten der schlimmsten Reaktion auf unangenehme empfunden werden. Und in Deutschland selbst werden wahrscheinlich nicht viele Personen sein, die mit Wilhelm II. den Wunsch hegen, daß Rußland in den Bahnen, die Nikolaus vorgezeichnet hat, fortzuwandeln solle. Kaum in irgendeinem Falle gehen die Meinungen und die Neigungen Wilhelm II. und des deutschen Volkes so weit auseinander als in der Stellungnahme zu dem zarischen Absolutismus.

## Die Führer der russischen Reaktion mit preussischen Orden geschmückt!

Reval, 18. Juni. Kaiser Wilhelm verlieh Stolypin den Verdienstorden der preussischen Krone, Jewski die Ehrenkreuzer des Roten Adlerordens. Ferner erhielten der Großkreuz des Roten Adlerordens Generaladjutant Baron von Wapenitz, den Roten Adlerorden I. Klasse der Marineinfanterie Generaladjutant Nielsch und der Generalgouverneur von Finnland Bogdanow. — Noch eine ganze Anzahl anderer militärischer Persönlichkeiten wurde mit Orden ausgezeichnet.

## Zur Charakteristik des Reichsverbands.

In den Kreisen solcher bürgerlichen Politiker, die nach außen hin ein wenig auf Reputation sehen müssen, hat der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sich mehr und mehr unumgänglich gemacht.

Wenn auf den Reichsverband nur auch außer etwanigen Freisinnigen, die nichts mehr zu verlieren haben, nur noch seine großindustriellen Geldgeber reflektieren, so verlohnt es sich doch für uns, gelegentlich die reichsverbandlichen Pamphlete niedriger zu hängen. Schon um zu zeigen, wo für jene Großindustriellen, die nicht genug über die Lasten der Sozialreform und über die Arbeiterbegehrlichkeit setzen können, einen mehr oder weniger beträchtlichen Teil ihres „Entbehrungslohnes“ aus dem Fenster werfen.

Der Reichsverband veröffentlicht von Zeit zu Zeit eine Liste

### angeblicher Sozialdemokraten,

die Gelder unterschlagen haben oder unterschlagen haben sollen. Zweck und Uebung ist augenscheinlich, dem nicht organisierten Teil der Arbeiterklasse verzerren zu demonstrieren, wofür die Organisierten ihre Arbeitergroßen opfern. So wenig es nun zu bestreiten ist, daß auch Proletarier von ihren Vertrauensleuten getäuscht werden können, so waren die „Sündenregister“ des Reichsverbandes doch, wie wir nachgesehen haben, mit einer geradezu randalösen Leichtfertigkeit zusammengestellt. Auch das neueste Register ist von einer derartigen Qualität; und daher erscheint es begrifflich, daß die meisten Reichsverbandblätter sich vor der Publikation hüten und von Berliner Zeitungen z. B. nur das notorisch unfauberste Blatt, die Post nämlich, am 11. Juni 1909 die fünf Namen umfassende Liste ungetreuer „sozialdemokratischer“ Kassierer abgedruckt hat. Angenehm sozialdemokratische Kassierer sind in so einer Reichsverbandliste unbedenklich alle Frontenstasfen, und Gewerkschaftsbeamten, die sich gegen das Eigentum vergangen haben.

### Die gewissenlos

der Reichsverband in dieser Hinsicht zu Werke geht, zeigt die folgende Mitteilung in der Liste:

„Guthaus Nid, der Kassierer der sozialdemokratischen Krankenkassen- und Unterstüßungskasse zu Düsseldorf ist mit 580 M. Kassengeldern nach Holland geflüchtet.“

Nebenbei ist an dieser Reichsverbandsmeldung zu sehen, daß der Kassierer nicht Nid, sondern Nicker heißt. Von Helang ist aber, daß der flüchtige Kassierer

weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert war, also der Sozialdemokratie auf keinen Fall an die Nase gefügt werden kann.

Über diese Sache ist noch harmlos gegenüber folgendem Schwindel, bei dem der Reichsverband sich angeblich auf den Vorwärts stützt:

„In Bremen verhaftet wurde der sozialdemokratische Ortskassenkassenredner Max Röttger aus Hemsheid; es wurden bei ihm noch 2700 M. gefunden, die er der Kasse entnommen hatte.“

Hieran ist nur richtig, daß der Vorwärts am 11. April 1909 von der Verhaftung des Röttger berichtet hat. Mit der Sozialdemokratie hat der Betrüger aber gerade so viel zu tun, wie etwa der Reichsverbandler, der diesen Fall gegen unsere Partei ausnutzt. Daher wird sich denn auch wohl der

### Magistrat von Remsheid

in seiner Eigenschaft als Aufsichtsbehörde sehr stark darüber wundern, daß die von ihm gegen den Willen der Kassiermitglieder ins Amt eingeführte Ordnungsstütze um des üblichen Verleumdungswortes willen zum Sozialdemokraten aufgeführt ist. In einem Konflikt mit der Allgemeinen Ortskassenkasse zu Remsheid hatte die Behörde die von den Kassiermitgliedern gewählten Beamten abgesetzt und dafür Leute nach ihrem Geschnack eingestellt, unter denen sich auch der sozialdemokratische Ordnungsmann Röttger befand.

### Diese appetitliche Staatsküche

wird nun um des besagten Verleumdungswortes willen einfach zum Sozialdemokraten umgelogen!

„Männer des Zukunftsstaates“ ist die mit derartiger Gemeinlichkeitsliebe zusammengestellte Reichsverbandliste überschrieben.

Wir verschmähen es im Parteikampfe, den politischen Gegner dafür verantwortlich zu machen, wenn sich unfaubere Elemente in seine Reihen eingeschlichen haben. Aber jeder Mensch mit sittlichem Empfinden wird einsehen, daß der Wangentaktik des Reichsverbandes gegenüber jene Stückchen nicht angebracht sind, die sonst im politischen Kampfe als selbstverständlich gelten.

Wir stellen seiner Liste daher die folgende Liste von

### Männern des Gegenwartsstaates

entgegen:

1. Dr. med. Boeser, Vorsitzender der Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Chemnitz, wurde am 4. Dezember 1908 wegen Beihilfe zur Verhaftung Röttger zu 200 M. Geldstrafe, event. 40 Tagen Ge-